

Harald Rein (Hg.)

1982 – 2013
Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest

Dokumentation, Analyse und Perspektive

Inhaltsverzeichnis

Impressum

2. erweiterte Auflage, 2014
© bei den Herausgeber und AutorInnen

Satz + Titelgestaltung: H. Zimmermann, W. Schindowski
Fotos: Archiv des Frankfurter Arbeitslosenzentrums
Druck: Digitaldruck leibi.de, Neu-Ulm

Zu bestellen über den Buchhandel oder direkt bei:
AG SPAK Bücher
Burlafinger Str. 11
89233 Neu-Ulm
Fax 07308/919095
E-Mail: spak-buecher@leibi.de
Internet: www.agspak-buecher.de

Auslieferung für den Buchhandel: SOVA, Maintal www.sovaffin.de

ISBN 978-3-940865-68-7

Das Buch wurde ermöglicht durch eine Förderung der
Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter: <http://dnb.de> abrufbar.

<i>Harald Rein</i> Vorwort 2. und 1. Auflage	9
<i>Harald Rein</i> Möglichkeiten des Protestes armer Leute.....	17
<i>Mag Wompel</i> Vom Protest zur Revolte?.....	25
<i>Harald Rein</i> Traditionslinien des Erwerbslosenwiderstandes, von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen des Nationalsozialismus.....	31
 Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen agieren – die Achtziger Jahre bis heute	
<i>Harald Rein</i> Geschichte des organisierten Erwerbslosenprotestes in Deutschland (1945 – 2010).....	49
<i>Wolfgang Scherer</i> Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. – BAG SHI.....	73
<i>Hinrich Garms</i> Epilog. Wann und warum die BAG-SHI ihr eigenes Ende beschließen musste....	87
<i>Martin Künkler/Horst Schmitthenner/Uwe Kantelhardt</i> (Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit): Wer bei Erwerbslosen kürzt, drückt auch die Löhne	91
<i>Bernhard Jirku (ver.di-Erwerbslose)</i> Erwerbslosenarbeit in den Gewerkschaften.....	105
<i>Anne Alex</i> Initiativen Erwerbsloser in Berlin 1992-1995.....	115

Edgar Schu (Aktionsbündnis Sozialproteste)

Vorwärts zu 10 – 30 – 500! Die Triade der Sozialproteste und der ABSP..... 127

Marion Droegsler

Der Arbeitslosenverband Deutschland Bundesverband e. V.

– ein kurzer und unvollständiger Einblick 139

Gerd-Erich Neumann

Im Osten kreative Lösungen gegen die Massenarbeitslosigkeit gesucht..... 151

Thilo B.

Rückblick auf die Geschichte der Erwerbslosen- und Jobberinitiativen

Schwarze Katze in Hamburg..... 163

Søren Jansen

Die Legende vom glücklichen Arbeitslosen 177

Michel Rousseau

Schon 15 Jahre! Eine kleine Geschichte der „Europäischen Märsche
gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

(ins Deutsche übersetzt von Angela Klein) 183

Anne Allex

Wohnen-Würde-Widerstand. Keine Zwangsumzüge durch Hartz IV!

Sechs Jahre Kampagne gegen Zwangsumzüge..... 189

Peter Nowak

Erwerbslosenwiderstand unter Hartz IV 201

Michael Bättig (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg)

Die Geschichte der ALSO vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund 215

Neue Strategien

Michael Bättig

Strategien von Erwerbslosenprojekten – Versuch einer Neuorientierung 233

Harald Rein

Existenzgeld und Gutes Leben – Erwerbslose auf neuen Pfaden!..... 239

Erwerbslosenproteste in der Schweiz und in Österreich

Avji Sirmoglu/Christoph Ditzler

Aus der Schweiz 253

Ueli Mäder

Wie Arme in der reichen Schweiz protestieren..... 261

Markus Griesser

Jenseits von Marienthal. Schlaglichter auf

die Geschichte von Erwerbslosenprotesten in Österreich..... 275

Martin Mair / Karin Rausch

Aktive Arbeitslose: Von echten und von falschen Freunden

– auf der Suche nach dem gemischten Kollektiv..... 289

Harald Rein

Ausblick 305

Chronologie des Erwerbslosenwiderstandes..... 313

Autorinnen und Autoren 329



Protest gegen die Revision der Arbeitslosenversicherung in der Schweiz 2011

Ueli Mäder

Wie Arme in der reichen Schweiz protestieren

Armut gibt es auch in der reichen Schweiz. Der Reichtum ist hier sehr einseitig verteilt. Bei den Vermögen sind die Gegensätze besonders krass. Wenige Privilegierte verfügen über immer mehr. Darauf reagieren auch sozial Benachteiligte. „Thu matsch“, sagen die einen. Sie fordern mehr Teilhabe. Andere ziehen sich zurück und machen sich selbst dafür verantwortlich, dass sie finanziell auf keinen grünen Zweig kommen.

Im 19. Jahrhundert galt die Schweiz als Armenhaus Europas. Das ist passé. Im Jahr 1972 gab es in der ganzen Schweiz nur noch 106 offiziell registrierte Arbeitslose. (Stiftung 2002) Zudem vereinzelte „neue Arme“. So hießen vornehmlich jene, die mangels Lebenssinn keine Perspektive mehr sahen und kompensatorisch Suchtmittel konsumierten. Sie schienen „vom Wohlstand verwöhnt und verwahrlost“ zu sein. Dieses Bild änderte sich aber bald. Mit den rezessiven Einbrüchen verloren Tausende von Werktätigen ihre Anstellungen. Materielle Armut meldete sich zurück. Sie verbreitete sich trotz gestiegenem Reichtum. Dies vor allem nach 1989. Seither dominiert der Finanzkapitalismus, die Realwirtschaft und der politische Liberalismus weithin. Er legitimiert auch die zunehmende Kluft bei den verfügbaren Einkommen, die besonders unterbezahlte Migrierte trifft.

Konjunkturpuffer

Nach dem Zweiten Weltkrieg fehlten in der Schweiz gut 150.000 Arbeitskräfte. Angeworbene Arbeitskräfte aus Italien schlossen die Lücke. Sie trugen erheblich zum wirtschaftlichen Aufschwung bei. (Hettlage 2012) Ab Mitte der 1960er Jahre bekämpften mehrere politische Initiativen die „Überfremdung“. Obwohl vom Volk abgelehnt, verhärtete sich die Praxis. Der Bund plafonierte den Import von Arbeitskräften, senkte die Quoten und forcierte die Rückschaffung. Er begründete diese restriktive Politik mit dem wirtschaftlichen Einbruch nach der Ölkrise. 1970 zählte die Schweiz 1,1 Millionen „Ausländer“. Gemeint sind Personen ohne Schweizer Pass. Die Quote lag bei fast 18 Prozent. 75 Prozent kamen aus den Nachbarländern. In den folgenden zehn Jahren sank die Zahl auf 950.000 und die Zuwanderung verlagerte sich. Sie kam vermehrt aus der Türkei und aus dem Balkan. Heute kommen noch etwa ein Fünftel der Eingewanderten aus Italien und Spanien und schon etwas mehr, vorwiegend gut Ausgebildete, aus Deutschland und Frankreich. Unter den Nachkommen der Migrierten überwiegt jedoch die italienische Herkunft. Fast vierzig Prozent der italienischen Staatsangehörigen in der Schweiz gehören zur dritten und vierten Generation.

1991 favorisierte der Bund mit einem Drei-Kreise-Modell den freizügigen Personenverkehr mit der Europäischen Union (EU) und die Einwanderung hoch qualifizierter Ar-

beitskräfte aus den USA und Kanada. Dagegen opponierten humanitäre Kreise, zusammen mit wirtschaftlichen aus der Hotellerie, dem Gastgewerbe und der Baubranche. 1998 konzentrierte der Bund ein neues Zwei-Kreise-Modell noch mehr auf die EU. Und im Jahr 2002 traten die bilateralen Verträge in Kraft. Seither nahm die Einwanderung wieder etwas stärker zu, wobei der hohe Anteil der „Ausländer“ auch auf die zurückhaltende Einbürgerung zurück geht. Ein Fünftel der „Ausländer“ sind in der Schweiz geboren. Ihre Eltern, die längst „schweizerische Werte“ wie Ruhe und Ordnung hochhalten, trugen erheblich zum wirtschaftlichen Aufschwung bei. Sie arbeiteten viel und verdienten wenig – wie etliche Nachkommen auch. Unter den erwerbstätigen Armen (working poor) dominieren heute noch Migrierte. Weitere Zuströme von „wenig Qualifizierten“ kommen unter anderem aus Portugal. Sie dienen als Konjunkturpuffer. Viel profitiert die Schweiz auch von den „Hochqualifizierten aus Deutschland“. Sie besetzen Kaderpositionen und verstärken die Konkurrenz. Das Kalkül zielt darauf ab, Kapital optimal zu verwerten und Renditen zu erhöhen. Mit der Zeit soll, so lautet das Credo der Modernisierungsstrategie, das ökonomische Wachstum durchsickern und allen zugute kommen. Aber darauf warten viele Arme schon lange vergeblich.

Armut weg definiert

„Man kann eine Armut auch herbei studieren“, so argumentiert, wer Armut tabuisiert oder weg definiert. Das Bundesamt für Statistik (BFS 2011) zählt zum Beispiel jene Haushalte als „werkfähig und arm“ (working poor), die mit einer Erwerbstätigkeit von über 90 Prozent einen Lohn erarbeiten, der unter dem Ansatz der Sozialhilfe liegt. In der Schweiz beträgt dieser Ansatz für eine alleinstehende Person 960 Franken. Dies nach Abzug der Ausgaben für Miete und Gesundheit. Die Berechnung des BFS vernachlässigt mit betroffene Kinder und Haushaltsangehörige sowie Alleinerziehende, die wegen ihren Betreuungsaufgaben weniger als 90 Prozent erwerbstätig sind. Werden sie einbezogen, verdoppelt sich die Zahl der Armen. Wie viele Arme es offiziell gibt, hängt offenbar von der Definition ab. So ist auch eine weitere Schätzung des BFS (2012), die sich auf neue Kriterien abstützt, kaum vergleichbar.

Armut lässt sich als Mangel an sozialer Sicherung verstehen. Betroffen ist, wer seine existenziellen Bedürfnisse kaum befriedigen kann. Dazu gehören genügend Mittel für den täglichen Bedarf: für das Essen, Wohnen und die Gesundheit. Wichtig ist auch der Zugang zu sozialen und kulturellen Einrichtungen. Kinder sollen ein Musikinstrument spielen dürfen, Eltern ab und zu ins Kino oder Theater gehen. Dies zumindest in reichen Ländern. In armen Regionen steht zunächst die materielle Existenzsicherung im Vordergrund.

Wenn wir Armut absolut definieren, gilt eine feste Grenze für das Einkommen und für die Ausstattung. Der Bedarf hängt allerdings stark von der Lebenslage ab. Deshalb ist es sinnvoll, Armut auch relativ auf das zu beziehen, was den durchschnittlichen Lebensstandard ausmacht. Subjektiv spielt zudem das eigene Empfinden mit. Zum Beispiel das Gefühl, keine Perspektive zu haben. Wer Armut verstehen will, muss absolute, relative

und subjektive Faktoren berücksichtigen. Wichtig ist auch, wie verbreitet die Armut ist und wie lange sie dauert. Ist sie quasi „vererbt“ oder „nur vorübergehend“? So wird die „transitorische Armut“ oft bezeichnet und entsprechend unterschätzt. Wenn Eltern „nur ein paar Monate“ arbeitslos sind, kann das nämlich den Selbstwert von Kindern auf lange Zeit hinaus erheblich beeinträchtigen. Ebenfalls von Belang ist, wie die Öffentlichkeit die Armut beurteilt. Gilt Armut als Schicksal, als gesellschaftlich produziert oder als selbst verschuldet?

In der Schweiz leben derzeit rund acht Millionen Menschen. Davon sind 240.000 von der Sozialhilfe abhängig. Hinzu kommen 180.000 Erwerbslose und Jugendliche, die keine Stelle haben. Zudem offiziell weniger als 200.000 erwerbstätige Arme. Zählen wir aber Haushaltsangehörige und Alleinerziehende sowie alle Erwerbstätigen unter dem Existenzminimum mit, dann erhöhen sich die „working poor“ auf rund eine halbe Million Menschen. Noch mehr sind es, wenn wir alle 400.000 Werktätigen einbeziehen, die weniger als 22 Franken pro Stunde verdienen und bei einem vollen Monatseinkommen auf keine 4.000 Franken kommen. Soviel zur Statistik. Sie ist wichtig. Noch wichtiger ist, was sich hinter den Zahlen verbirgt. So erhöht das niedrige Einkommen oft den familiären Stress. Zudem beeinträchtigt der finanzielle Mangel die Gesundheit.

Armut erhöht die Morbidität und Mortalität sowie den Bedarf an ärztlicher Versorgung. Das Risiko, schwer zu erkranken, vorzeitig zu sterben, einen Unfall zu erleiden oder Gewalt zu erfahren, ist für Arme in jeder Lebensphase signifikant höher. Bei der Gesundheit zeigt sich ein sozialer Gradient: Je niedriger die soziale Schichtzugehörigkeit, desto grösser die Krankheitslast. Im Unterschied zu vergleichbaren Gruppen von Beschäftigten machen Erwerbslose häufiger Suizidversuche. Lebenspartnerinnen und Kinder zeigten mit zeitlicher Verzögerung ähnliche psychische Reaktionen. Infektionen und chronische Erkrankungen häufen sich. Armut erhöht das Risiko – von Karies bis Aids. Die Lebenserwartung sinkt von der obersten zur untersten Einkommensschicht. Sozial Benachteiligte weisen auch eine deutlich höhere postnatale Sterblichkeit von Säuglingen auf, zudem eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle als bei andern Kindern. Armut macht krank. Und umgekehrt. Krankheit macht arm.

Von Kindesalter an

Wie Arme ihre soziale Lage wahrnehmen, hängt wesentlich vom Umfeld ab. In der Schweiz sind sie von lauter Reichtum umgeben. Daher interessiert hier ebenfalls, was diesen kennzeichnet und welches Selbstverständnis unterschiedlich aufwachsenden Kindern vermittelt wird.

„Mein Vater ist daheim, weil er krank ist“, sagt eine achtjährige Schülerin (Kane 1996). Sie verheimlicht, dass er vor sechs Monaten seine Stelle verloren hat. Seither lädt die Zweitklässlerin keine Freundin mehr zu sich ein. Dies auch aus Platzgründen. Der Vater erträgt keinen Lärm. Er ist gestresst. Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, verlieren ihre gewohnte Alltagsstruktur. Die Rollen werden neu verteilt. Beziehungsprobleme verschärfen sich. Das kennt auch Vera. Sie ist dreizehn Jahre jung, ihr Vater ar-

beitslos. Er hat nun mehr Zeit, unternimmt mit seinen beiden Töchtern aber weniger als früher. Das Leben der Familie B. verändert sich. Kommt unerfreuliche Post, entsteht oft Streit. In ihrer Freizeit hütet Vera Kinder. Ist das Haushaltsportemonnaie leer, hilft sie mit ihrem Sackgeld aus. Die Familie lebt von der Sozialhilfe. Der Vater verzichtet aufs Fotografieren. In der Stube schaut er immer wieder alte Fotos an. Die Wohnung ist eng. Vera und ihre elfjährige Schwester erledigen ihre Hausaufgaben am Küchentisch. Sie sind froh, wenn ihr Vater, der gesundheitliche Probleme hat, zum Arzt muss. Von einem Tag auf den andern weigert er sich, Medikamente zu nehmen und stirbt an Herzversagen. „Vor lauter Hoffnungslosigkeit“, sagt seine Frau. „Wenn ich nicht mehr bei euch bin“, habe er vor seinem Tod ein paar Mal erwähnt, „dann geht es euch besser; dann könnt ihr wieder vorwärts schauen.“

Andere Verhältnisse erlebte Lucy. Sie wuchs „enorm behütet“ auf. Finanziell sowie so. Ihr Vater war Direktor eines Chemiekonzerns. „Wir hatten alles, es fehlte uns an nichts, im Gegenteil“, sagt Lucy (Mäder 2010). Das Landleben bot große Freiheiten. Und das Personal gehörte zur Familie. Allerdings mit feinen Unterschieden. „Denn die mit uns befreundeten Angestellten waren ja trotzdem noch die Angestellten.“ Das Protestantische vom Vater war auch prägend. „Also, dass wir nie das Gefühl bekamen, dass wir etwas Besseres wären. Wir waren sogar schäbiger angezogen. Auch, weil es meine Mutter nicht wirklich interessiert hat. Statussymbole waren ihr egal. Aber beide, Mutter und Vater, vermittelten ein starkes Leistungsdenken. Du musst immer dein Bestes geben, lautete die Botschaft. Wir sind auch nur selten exotisch in die Ferien geflogen. Wir sind eigentlich immer nach England gefahren oder nach Wengen. Da hatten wir eine Wohnung.“ Ähnliches berichtet Magret. Sie kommt ebenfalls aus einer Direktorenfamilie. „Ja, und ich konnte hier von der Großzügigkeit meiner Eltern profitieren“, sagt sie. „Ich erhielt dann schon als junges Mädchen ein Pferd. So ein Pferd war ja immens teuer, schon damals, auch die Reitstunden und so. Ich wurde in eine Welt geboren, in der von Armut nichts zu spüren war. Die Geschenke an Weihnachten waren fast so groß wie der Weihnachtsbaum. Und wir hatten immer einen riesigen Weihnachtsbaum.“ Beide, Lucy und Margret, arbeiten heute an einer Hochschule. Wie Leonhard. Er ist hier als Professor tätig und ebenfalls privilegiert aufgewachsen. Im Gegensatz zu einer reichen Kollegin, die als Kind keine Mitschülerinnen ins private Schwimmbad einladen durfte, tummelte sich bei Leonhard zu Hause jeweils eine ganze Schar. Er war sich seiner besonderen Position bewusst, ohne daraus übermässig Selbstvertrauen zu schöpfen. Die These, den Reichen werde der Selbstwert in die Wiege gelegt, hält er von seiner persönlichen Erfahrung her für viel zu einfach. Gerade bei Frauen, die reich aufgewachsen seien, kenne er viele Gegenbeispiele. Noch Frauen der unmittelbaren Nachkriegsgeneration hätten andere Erwartungen zu erfüllen gehabt. Aber auch für sich selbst hat Leonhard den Eindruck, ohne Reichtum vielleicht sogar energischer und durchsetzungsfähiger geworden zu sein. Das mag durchaus zutreffen und das folgende Beispiel von Nicole scheint diesen Eindruck zu bestärken. Wie das auch Tellerwäscher-Geschichten tun.

Nicole war im Jahr 2004 siebzehnjährig. Sie besuchte damals das Gymnasium und stand kurz vor dem Abitur, als wir uns erstmals begegneten. Ihre alleinerziehende Mutter

arbeitete Vollzeit als Wäscherin und verdiente netto weniger als dreitausend Franken. „Es ist nicht leicht unter solchen Umständen zu leben“, erklärte mir Nicole. „Oft muss ich mich in Sachen einschränken, die für andere selbstverständlich sind.“ So habe sie vor einigen Monaten letztmals ein neues Kleidungsstück gekauft. „Andere gehen jedes Wochenende shoppen.“ Auch beim Ausgang schränke sie sich stark ein: „Schon nur für einen Abend im Kino oder im Theater muss man zwanzig Franken ausgeben. Da ich monatlich ein Taschengeld von sechzig Franken habe, das für Kleider, Freizeit, Geschenke und alles andere reichen muss, kann ich mir dieses Vergnügen höchstens einmal im Monat leisten. Durch meinen guten Kollegenkreis, wird mir jedoch oft etwas spendiert, so dass ich nicht immer zu Hause bleiben musste, während andere ihren Spass haben. Doch diese Hilfe ist für mich nicht immer leicht.“

Um weniger auf Unterstützung angewiesen zu sein, führte Nicole zweimal in der Woche Hunde aus. Mit diesem Job sei ihr „ein richtiger Glücksgriff“ gelungen. Manchmal hadere sie zwar damit, „aus solchen sozialen Verhältnissen zu kommen“. Aber die schwierige Situation habe auch positive Seiten: „Da meine Eltern schon seit meinem zehnten Lebensjahr geschieden sind und meine Mutter als Alleinerziehende arbeiten gehen muss, lernte ich schon früh, selbstständig zu werden. Bereits in der vierten Primarklasse musste ich selbst dafür sorgen, dass ich etwas zu Mittagessen hatte, während andere zuhause ein fertig zubereitetes Essen vorgesetzt bekamen. Dies war nicht immer leicht für mich, doch mittlerweile bin ich froh. Ich habe viel aus all dem gelernt und werde es später bestimmt leichter haben, als Kinder, die ihr ganzes Leben lang mit Geld verwöhnt wurden und dann plötzlich auf eigenen Beinen stehen müssen.“ Als hilfreich beschrieb Nicole auch „zu wissen, nicht alleine zu sein“. Sie verfasste ihre Maturarbeit über die zahlreichen *Working Poor* in der Schweiz. Inzwischen hat Nicole ein Soziologiestudium abgeschlossen und bei einem Chemiekonzern eine gute Anstellung gefunden. Das ist erfreulich, aber bei Kindern, die nicht in reichen, sondern in ärmlichen Verhältnissen aufwachsen, leider eher selten der Fall.

Reichtum ohne Leistung

Gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts galt in der Schweiz als reich, wer über eine Million Franken verfügte. Nach diesem absoluten Ansatz wären das heute 330.000 Personen. Mit der schier inflationären Zunahme von Millionärinnen und Millionären änderte sich auch das Verständnis von Reichtum. Heute gilt als reich, wer vom Erlös seines Geldes gut leben kann. Dazu sind etwa fünf Millionen Franken nötig. Das Wirtschaftsmagazin „Bilanz“ führt jeweils in der Dezemberausgabe die 300 Reichsten in der Schweiz auf. Sie besitzen alle mehr als hundert Millionen Franken und lassen sich als superreich bezeichnen. Zusammen kamen sie 1989 auf 82 Milliarden Franken, 2009 auf 447 Milliarden und 2011 auf 482 Milliarden. Einzelne halten sich jedoch nicht für besonders reich. Sie haben zwar viel Ansehen und Macht, aber wenig „flüssiges Geld“.

Interessant ist, wie die 300 Reichsten der Schweiz reich geworden sind: die Hälfte durch Erbschaften. 10 Prozent der Erben erhalten drei Viertel der Erbschaften. Und von den gut 40 Milliarden Franken, die jährlich vererbt werden, bekommen Millionärinnen

und Millionäre mehr als die Hälfte. Viele von ihnen betrachten die Geschenke als persönliches Verdienst. Die hohen Erbschaften entsprechen allerdings mehr einem oligarchischen Prinzip als einem meritokratischen, das auf Fleiss und eigene Leistung baut. So kritisiert Hans Kissling in seinem Buch „Reichtum ohne Leistung“ (Zürich 2008), wie sich die Schweiz „refeudalisiert“. Immer weniger private Steuerzahlende verfügen über immer mehr Nettovermögen. Laut Credit Suisse (2010) gehören einem Prozent 58 Prozent der gesamten Vermögen. Das bedeutet, dass ein Prozent der privaten Personen mehr Vermögen haben als 99 Prozent. Und dabei interessiert, wie es dazu gekommen ist.

Die kleine, rohstoffarme Schweiz ist durch Fleiss und geniale Innovationen reich geworden. Soweit ein verarbeitetes Verständnis, das gewiss einen wahren Kern hat, aber auch alte Mythen neu hochleben lässt. Der Reichtum der Schweiz geht unter anderem auf den geringen Zentralismus und auf einen Feudaladel zurück, der als volksnah galt und eher niedrige Abgaben verlangte. So floss mehr Geld in die frühe Industrialisierung. Wertvolle Impulse kamen von (Glaubens-)Flüchtlingen. Sie protegten die Uhren- und Textilproduktion sowie das Bankenwesen. Wichtig war auch die protestantische Ethik. Sie hielt die Menschen zu Sparsamkeit und Fleiß an. Und die fehlenden Bodenschätze erhöhten einerseits die Armut und andererseits den Innovationsdruck. Rohstoffe liessen sich aber auch wegen der Kolonisation zu günstigen Preisen importieren, von denen die Schweiz heute noch profitiert. Der Austausch orientiert sich einseitig an den industriell gefertigten Gütern. Zudem wechselte die Schweiz stets geschickt zwischen marktöffnenden und protektionistischen Maßnahmen. Hätte sie ihre Handelsschranken rigoros gesenkt, wie sie das heute armen Ländern empfiehlt, wäre sie kaum so reich geworden. Hohe Einkünfte erzielte die Schweiz jeweils auch, wenn andere Kriege führten und ihr Geld in Sicherheit bringen wollten. So machten sich die guten Dienste und die Neutralität reichlich bezahlt.

Schweizer Banken sind viel reicher als der Staat. Sie verwalten über 4.000 Milliarden Franken. 2.000 Milliarden Franken stammen aus privaten Vermögen von Personen, die in der Schweiz wohnen (Mäder 2010). Hinzu kommt ein höherer Betrag von Reichen aus aller Welt. Mit einem Marktanteil von 27 Prozent und einem verwalteten Vermögen von rund 2.100 Milliarden Dollar ist die Schweiz der größte Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral. Zusammen mit der Verschwiegenheit und Bereitschaft der Banken, Steuerhinterziehung zu akzeptieren. Wohlhabenden hilft zudem die Börse, professionell verwaltete Vermögen auch dann zu vermehren, wenn andere Geld verlieren und kleine Sparbücher stagnieren. Bei den Finanzgeschäften ist die kleine Schweiz ein Imperium; auch bei den direkten Investitionen im Ausland. Sie nimmt hier mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Schweizer Investoren spielen ebenfalls auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine wichtige Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie. Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London, New York oder sonstwo in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz. Das ist kein guter Leistungsausweis für ein Land, das auf seine humanitäre Tradition und den sozialen Ausgleich im eigenen Land stolz ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz breite Bevölkerungsteile ihre materielle Lebenssituation. Wichtige soziale Einrichtungen entstanden. So Versicherungen für alte, verwitwete und behinderte Menschen. Die sozialen Unterschiede nahmen ab. Der Staat und die Wirtschaft handelten gemeinsam verbindliche Regeln aus. Dies im Sinne eines politischen Liberalismus, der die Arbeit und das Kapital als gleichwertig betrachtete. Anfang der 1970er Jahre schien die Vollbeschäftigung selbstverständlich. Der Begriff „neue Armut“ bezog sich mehr auf immaterielle Aspekte und „Wohlstandsverwöhnung“, die mangels Lebenssinn sozial abdrifteten. Aber das änderte sich mit den rezessiven Einbrüchen. Zudem setzte sich ideologisch ab Ende der 1980er Jahre der angelsächsische Neoliberalismus mehr durch. Er zielt vor allem darauf ab, Kapitalgewinne zu forcieren und die Produktion weiter zu rationalisieren. Wenn Maschinen die menschliche Arbeit ersetzen, könnte uns das mehr Zeit und Geld beschern. Es hapert aber mit der Verteilung. So nimmt auch in der Schweiz die Erwerbslosigkeit zu. Und die nominellen Einkommen steigen zwar im Durchschnitt leicht an, wie die viel zitierten OECD-Statistiken gerne betonen. Die real verfügbaren Einkommen sinken aber in den unteren Lohnkategorien. Die untersten 25 Prozent der Einzelhaushalte verfügten im Jahr 2008 real über weniger Einkommen als 1998 (Lampard 2011). Das fordert das System der sozialen Sicherheit heraus, das sich einseitig an der Erwerbsarbeit orientiert und neue Lebenslagen teilweise ignoriert und damit prekariert.

Von der Resignation zur Empörung

Trotz immens gestiegenem Reichtum, gibt die Schweiz seit dem Jahr 2005 weniger Anteile ihres Brutto-Inlandproduktes für die soziale Sicherheit aus. Die Sozialleistungsquote sank von 22,3 Prozent (2005) auf 20,5 Prozent (2008). Und selbst im schwierigsten Jahr (2009) überstiegen die Einnahmen (150 Mrd. Franken) die Ausgaben (133 Mrd. Franken). Das weist das Bundesamt für Sozialversicherung (2010) deutlich aus. Die soziale Sicherheit trägt sich selbst. Dieser Befund erstaunt; denn populistische Debatten erwecken den Anschein, die soziale Sicherheit ließe sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen, wie die Renten rentieren und über Konsumausgaben viel Arbeit schaffen. Wobei die soziale Sicherung vor allem aus menschlichen Gründen wichtig ist.

Die Sozialhilfe konzentriert ihre Anstrengungen auf Sozialhilfeabhängige, die noch intakte Chancen haben, im ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden (Kutzner 2009). Sie erhalten weniger Mittel für den Grundbedarf, aber mehr Geld, wenn sie ihre Erwerbsintegration ausdehnen. Die finanziellen Anreize erweitern dann den Handlungsspielraum, was etliche Sozialhilfeabhängige schätzen. Sie fühlen sich, vom unternehmerischen Geist beseelt, stärker beachtet und akzeptieren dafür mögliche finanzielle Einbußen. Andere Sozialhilfeabhängige fühlen sich durch die privatisierten Risiken mehr gestresst. Sie erleben unter diesen Bedingungen selbst die erfolgreiche Erwerbsintegration als Ausschluss. Auch, weil diese Integration primär im prekären Niedriglohnsektor stattfindet, was soziale Beziehungen belastet und zu einem Ausschluss durch Integration führen kann.

Eine zweite Gruppe bilden Personen, die noch für den zweiten, geschützten Arbeitsmarkt oder für Gegenleistungsmodelle infrage kommen. Bei den Gegenleistungen hängt die Unterstützung von der Bereitschaft der Arbeitssuchenden ab, eine sozial, kulturell oder ökologisch relevante Arbeit zu verrichten. Dabei geht es oft um soziale Disziplinierung (Mäder 2012) und darum, irgendwelche Arbeiten zu verrichten, egal ob sie sinnvoll sind oder Gefahr laufen, mit niedrigen Löhnen vereinbarte Standards zu unterlaufen.

Als dritte Gruppe kommen Sozialhilfeabhängige hinzu, bei denen die soziale Integration im Vordergrund steht. Sie erhalten das Geld, ohne sich für irgendwelche Tätigkeiten bewerben zu müssen. Einzelne beschreiben dies als Vereinfachung, da sie nun mehr das tun können, was sie gerne tun. Der Ausschluss aus der Erwerbsarbeit fördert perspektivisch ihre soziale Integration. Ein Journalist, der psychisch erkrankt ist, kann nun interessante Geschichten schreiben. Andere Personen dieser Gruppe der „Ausgemusterten“ suchen verzweifelt einen „richtigen Job“. Sie wehren sich gegen die vorgenommene Kategorisierung, die sie als Stigmatisierung erleben. „Ich will Arbeit und keine Rente“, sagt eine gut fünfzigjährige Bezieherin von Sozialhilfe, die gerne Bilder malt, aber das „nur als wirkliche Freizeitbeschäftigung“.

In früheren Armutsstudien (Mäder 1999) überwog der Eindruck, Armutsbetroffene bräuchten vorwiegend mehr Geld und bessere Rahmenbedingungen, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. In späteren Studien über Working-Poor (Kutzner 2004) und die Sozialhilfe (Kutzner 2009) stellten wir ferner eine Kumulation sozialer Problemlagen fest, die sich mit anhaltender Abhängigkeit ergibt und selbst bei zunehmender Erwerbsintegration gleichzeitig gegenläufige Ausschlusstendenzen verstärkt. Wir analysierten beispielsweise die soziale Lage von 260 aktuellen und 140 ehemaligen Working-Poor. Von Letzteren erzielten rund 25 Prozent mehr Einkommen dank einer Weiterbildung. Weitere 25 Prozent erhöhten ihr Salär, weil sie zusätzliche Jobs zu vorwiegend prekären Arbeitsbedingungen annahmen. Noch einmal 25 Prozent stabilisierten ihre Situation über eine Sozialversicherung (AHV, IV). Die restlichen 25 Prozent steigerten ihr Einkommen durch die Veränderung der Lebensform, beispielsweise durch Heirat (mit Doppelverdienst) oder durch endende Unterstützungspflichten (Auszug von Kindern). Etliche konnten sich auch deshalb finanziell verbessern, weil sie in kleinere, günstigere Wohnungen (in Quartieren mit hoher Verkehrsdichte) zogen.

Bei früheren Armutsstudien (1999) fiel uns auch ein starker innerer Rückzug sozial Benachteiligter auf. Eine alleinerziehende Verkäuferin fand auch den Anstieg der Mietkosten in Ordnung, obwohl sie diese kaum bezahlen kann. Viele der interviewten Armutsbetroffenen fühlten sich relativ stark für die Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Betroffene erwecken nach außen den Anschein, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren. Heute weisen etliche Anzeichen darauf hin, dass sich resignative Haltungen und depressive Verstimmungen teilweise auch in Empörung verwandeln. Das mag mit Informationen über abgehobene Managerlöhne und mit der persönlichen Wahrnehmung sozialer Ungleichheit zu tun haben. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Ähnliches zeigt sich bei Personen, die

viel arbeiten, selbst kaum das Existenzminimum erreichen und immer wieder von Einkommen lesen, die das eigene um ein Mehrfaches übersteigen. Die Wut kann sich allerdings unterschiedlich auswirken. Sie kann sowohl die Bereitschaft fördern, sich mehr für die eigenen Interessen einzusetzen, als auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnungsruhe mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben.

Ebenfalls enttäuscht sind Teile der so genannten „Mittelschicht“. Sie halten sich am meisten an das Credo: Sei mobil und flexibel. Und bislang taten sie das aus guten Gründen. Denn die meisten konnten bei einem Stellenwechsel ihr Haushaltsbudget verbessern. Inzwischen häufen sich die Abstiege just bei den beruflich Mobilen. So erfahren teilweise auch gut qualifizierte Berufstätige, kaum mehr gefragt zu sein. Diese verletzende Erfahrung entrückt etliche Betroffene auch vom politischen Geschehen. Und das erweist sich als fatal. Denn die individuelle Lebensbewältigung hängt entscheidend von der persönlichen Teilhabe am gesamten gesellschaftlichen Leben ab.

Produktive Handlungsalternativen

Einen vermeintlichen Ausweg aus misslichen Bedingungen findet, wer sich kompensatorisch auf das Anhäufen von Sachen konzentriert (Richter 1975). Sie scheinen verlässlicher zu sein. Der Verzicht auf Expression führt zur Selbstdestruktion. Der Rückzug und das Festhalten machen inaktiv. Wer seine Arme nicht benutzt, geht leer aus. In ihrem Bemühen, es den anderen recht zu machen, erleiden nicht nur viele Kinder großen Schaden. Der blinde Gehorsam zerstört die Persönlichkeit. Gefühle trocknen aus. Sie erstarren als Schuldgefühle. Menschen, die sich unbedacht ins Kollektiv einordnen, machen sich selber zum Material. Sie löschen sich aus. Dazu passt die Bereitschaft, andere ebenfalls als Material zu behandeln. Wenn Gehorsam herrscht, dann geht laut Schriftsteller Ödon von Horvath (1901-1938) die Wahrheit, und die Lüge kommt. Der manipulative Charakter zeichnet sich durch Organisationswut und Unfähigkeit aus, sinnlich menschliche Erfahrung zu machen. Emotionslosigkeit führt zu überwertigem Realismus. Wahnhaftes Realpolitik kann sich die Welt nur so vorstellen, wie sie ist. Es geht darum, Dinge zu tun. So verkommt die ursprünglich unterdrückte Aktivität zum Aktivismus. Gestützt durch den Kult der Effizienz, der dazu führt, elementare Grundlagen zu zerstören, die Luft, das Wasser, die Landschaft. Subversiv ist demgegenüber die Leistung aus Lust, statt aus Pflicht und depressiver Flucht nach vorn, die ebenso selbstdestruktiv ist wie der Rückzug ins Schneckenhaus.

Soziologe Ulrich Beck (1986) betrachtet die Bedrohungen als Antrieb zum Handeln. Früher konstituierte sich die Solidarität aus der Not und aus der Angst. Heute entscheiden sich Menschen aus freien Stücken zur Solidarität. Sie verfügen zumindest über diese Möglichkeit. So Becks optimistische Deutung. Risiken können aber auch einen Rückzug ins Verharren oder eine wenig hilfreiche Flucht nach vorn bewirken. Das zeigt sich bei sozialer Benachteiligung deutlich. Auch, weil die Individualisierung einen solidarischen Schulterschluss schwierig macht.

Laut Marianne Gronemeyer (1976) bleibt die Empörung solange machtlos gegen die Resignation, bis eine produktive Handlungsalternative vorliegt. Von sich aus unternehmen viele Armutsbetroffene wenig. Die Überzeugung von der eigenen Unzulänglichkeit lähmt. Es braucht oft einen Impuls von außen. Soziale Benachteiligungen werden oft über lange Zeit hingenommen. Sie motivieren nicht von sich aus zu Veränderungen. Der Mangel verstellt manchmal den Blick. Betroffene interpretieren Defizite als persönliches Versagen, nicht als Unrecht. Wichtig ist die Vermittlung des Bewusstseins, dass eine missliche Situation kein Schicksal, sondern veränderbar ist. Der Hinweis auf gemeinsame Betroffenheiten entlastet von persönlichen Schuldgefühlen, die bei sozial Benachteiligten unter Bedingungen der Vereinzelung besonders ausgeprägt sind. Arme empfinden ihre Ohnmacht als individuelle Schwäche. So lassen sich gesellschaftliche Probleme einfacher auf jene abwälzen, die unauffällig bleiben (wollen). Wenn sie die Lage akzeptieren, laufen sie weniger Gefahr, bei einem weiteren Versuch der Veränderung nochmals zu scheitern. Wer sich mit dem Vorhandenen abfindet, schützt sich gegen weitere Enttäuschungen. Die Angst führt zum Rückzug. Der Pakt mit dem Verzicht macht ihn aushaltbar. Dagegen helfen Erfahrungen gelungener Lebenspraxis. Das Zutrauen in eigene Kompetenzen erfordert kleine Schritte. Große Ziele sind in Teilziele zu zerlegen, die sich in absehbarer Frist erreichen lassen. Die Erfahrung motiviert, dass Veränderungen möglich sind. Sie lenkt den Blick vom scheinbar Unabdingbaren zum Möglichen. Die innerlich blockierende „Du solltest“-Anforderung verwandelt sich in eine „Ich kann etwas“-Haltung. Sie knüpft an vorhandene Interessen und Fertigkeiten an. Das Sein prägt das Bewusstsein, gewiss. Manchmal verhält es sich jedoch auch umgekehrt. Die mehr kulturell und psychologisch geprägte Verhaltensdynamik bleibt allerdings von beschränkter Reichweite, wenn Widerständigkeit die strukturellen Bedingungen kaum verändert.

Kultur und Struktur

Von einer mechanischen Trennung ausgehend, dominierte in der Armutsforschung lange ein ultimatives Entweder-Oder. Die einen betonten die innere Dynamik der Armut, andere die äußere. Beide Ansätze konnten sich dabei auf renommierte Vordenker berufen.

Oscar Lewis (1966) beschreibt als „Culture of Poverty“, wie subjektive Faktoren eine eigene Kultur der Armut prägen. Er unterscheidet den Lebensstil armer Menschen von dem anderer Gesellschaftsmitglieder. Lewis stellt fest, dass sich die Lebensstile von Armen in verschiedenen Gesellschaften ähneln. Er leitet aus seinen Beobachtungen eine gemeinsame Kultur der Armut ab. Diese beinhaltet Verhaltensweisen, die gelernt und weiter vermittelt werden. Sie äußern sich in bestimmten Wertvorstellungen. Die Annahme einer Kultur der Armut geht davon aus, dass die Betroffenen in relativ geschlossenen Milieus leben. Lewis interpretiert die Kultur der Armut als Ausdruck einer eigenständigen Lebensform, die über Sozialisation an kommende Generationen weiter gegeben wird. Auf der individuellen Ebene sieht Lewis ein Gefühl der Abhängigkeit und des Fatalismus. Auf der gesellschaftlichen Ebene weist er auf die mangelnde Integration in das öffentliche Leben hin. Die Kultur der Armut perpetuiert die Armut. Resignative Einstellungen

erleichtern es, „die Situation so zu nehmen, wie sie nun mal ist“. Charles Valentine (1968) weist indes auf die Bedeutung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen hin. Er setzt der psycho-sozialen Hilfe die sozio-ökonomische entgegen. Valentine stellt fest, wie Arme institutionelle Angebote nutzen. Er betont, dass die Lebensstile der Armen vielfältige Unterschiede aufweisen und soziale Benachteiligungen nicht durch kulturelle Zwänge entstehen. Der Kulturbegriff impliziert, dass Armutsbetroffene ihr Verhalten über Sozialisationsprozesse verinnerlichen, gegen Wandel relativ resistent sind und sich an festen Werten orientieren. Charles Valentine wendet sich dagegen, das Verhalten der Armen als eine Reaktion auf verinnerlichte kulturelle Muster zu interpretieren. Er versteht deren Verhalten als eine Reaktion auf strukturelle und auch auf situative Zwänge. Die Armen werden durch quasi objektiv erfassbare Tatsachen wie niedrige Einkommen oder Arbeitslosigkeit gezwungen, so zu handeln, wie sie handeln. An diesem Ansatz orientieren sich Vorstellungen, die davon ausgehen, dass Arme primär ein ergänzendes Einkommen benötigen und ihr Verhalten verändern, sobald sich die Umstände verbessern.

Was einst als Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung diskutiert wurde, wird heute allerdings selten thematisiert. Auch in der Sozialstrukturforschung verlagert sich der Blick von der vertikalen auf die horizontale Ebene. Die Klassenmodelle des 19. Jahrhunderts (Karl Marx) unterschieden die Werktätigen noch vom Bürgertum nach dem Kriterium der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Analysen sozialer Klassen und Schichten (Max Weber und Theodor Geiger) differenzierten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Bevölkerung nach weiteren Merkmalen (Beruf, Qualifikationen, Einkommen). Der Blick galt nach wie vor dem Gegensatz zwischen oben und unten. Das änderte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seit den 1980er Jahren beziehen Theorien sozialer Lagen (Stefan Hradil) das subjektive Wohl stärker ein. Horizontale Ungleichheiten stehen auch bei Modellen sozialer Milieus im Vordergrund, die sich seit den 1990er Jahren verbreiten und auf Lebensstile beziehen. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen gewiss auf wichtige Differenzierungen hin. Sie laufen aber Gefahr, trotz krasser gesellschaftlicher Gegensätze die Frage sozialer Klassen zu vernachlässigen und eine Entwicklung zu suggerieren, die von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus führe. Und dies mit lauter selbst verantwortlichen Individuen, die mit einem unternehmerischen Geist ausgestattet sind. Als ob es kein oben und unten mehr gäbe!

Das Einfache ist schwierig

Mit der starken Öffnung und Deregulierung der Märkte konzentrierte die Wirtschaft in den letzten zwanzig Jahren ihren Einfluss. Die Politik, die eigentlich ein kritisches und demokratisches Korrektiv zur Wirtschaft sein sollte, liess sich stark instrumentalisieren und verlor an Gewicht. Sie versucht aber, zumindest seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, wieder etwas eigenständiger zu agieren und sich als Regulativ zu formieren. Und das ist nötig. Geht es doch vor allem darum, soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe zu fördern und strukturell zu festigen.

Konkrete Vorschläge wollen die soziale Sicherheit über eine garantierte Existenzsicherung ausbauen. So ließen sich beispielsweise in der Schweiz die bestehenden Ergänzungsleistungen (für AHV- und IV-Beziehende) bedingungslos auf alle Haushalte mit zu wenig Einkommen ausweiten und die unteren Löhne über Mindestansätze anheben. Die reiche Schweiz kann sich das erlauben. Geld ist genug vorhanden. Aber dazu sind politischer Wille und intensive Auseinandersetzungen gefragt, wie das auch ein Graffiti an einer Berner Mauer anregt: Wir scheitern nicht an den Niederlagen, die wir erleiden, sondern an den Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen.

Wer sich allerdings für Mindestlöhne engagiert, setzt sich gleich dem Vorwurf aus, Arbeitsplätze zu vernichten. Diese seltsame Argumentation spielt auch in der Vermögensdebatte mit. Wer eine minimale Besteuerung fordert, wird gleich bezichtigt, mit einer Reichtumssteuer die Kapitalflucht anzukurbeln. Die Spitzensaläre, die oben bezahlt werden, entmutigen jedoch viele, die hart arbeiten und kaum auf einen grünen Zweig kommen. Zudem erhöht das große Geld den einseitigen Einfluss von Wohlhabenden. Es unterläuft auch demokratische Prozesse. Diese Gefahr sehen sogar einzelne Reiche. Sie plädieren für eine Selbstbegrenzung und für eine freiwillige Umverteilung. Auch, weil das dem Arbeitsfrieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt dienen könnte. Beim sozialen Ausgleich auf Freiwilligkeit zu setzen, darauf ist jedoch kein Verlass. Die Existenzsicherung und mehr Egalität sind gesellschaftlich zu vereinbaren. Wir können uns den einseitig angeeigneten Reichtum nicht mehr erlauben. Der Reichtum muss allen mehr zugute kommen. Die Reichen haben ihn nicht selbst erwirtschaftet. Andere haben viel dazu beigetragen. Das Geld sollte vermehrt dorthin treiben, wo es Existenzen sichert und ein lebendiges Leben ermöglicht. Diese Forderung vertreten heute die vielfältigen Occupy-Bewegungen vehement. Sie skandieren auch „Wir sind die 99 Prozent“ und deuten damit einen breiten Schulterschluss an. In der Schweiz beteiligen sich in diesem offenen Bündnis auch Arme, die sich in Arbeitslosen-Komitees und Internet-Cafés zusammenschließen. Umgekehrt unterstützen Occupy-Aktive auch „Vierte-Welt-Gruppen“, wenn sie (jeweils am 17. Oktober) ihren „Tag der Armut“ kultivieren, der so politisch an Profil gewinnt. Noch sind diese Ansätze marginal. Aber jeder Schritt ist ein Schritt. Und so entsteht ein Weg, indem sich Betroffene organisieren und für mehr Teilhabe engagieren. Widerständig und aktiv. Wohl wissend, wie schwierig das Einfache zu verwirklichen ist.

Quellen

- Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft*, Frankfurt: Suhrkamp
- Bundesamt für Sozialversicherungen (2010). *Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2010*. Bern: EDI-Berichte
- Bundesamt für Statistik (2012). *Armut trotz Erwerbstätigkeit*. Bern: Medienmitteilung vom 23.10.2012
- Bundesamt für Statistik (2011). *Statistischer Sozialbericht 2011*. Neuenburg: Bericht des Bundesrates
- Credit Suisse (2010). *Global Wealth Databook*. Zürich: CS
- Gronemeyer, Marianne (1976). *Motivation und politisches Handeln*. Frankfurt: Campus
- Hettlage, Raphaela (2012). *Gründung und Anerkennung. Unternehmertum von Migrantinnen und Migranten*. Social Strategies. Bern: Peter Lang
- Kane Yvonne (1996). *Familien ohne Arbeit*. Zürich: Pro Juventute
- Kissling, Hans (2008). *Reichtum ohne Leistung*. Zürich: Rüegger
- Kutzner, Stefan; Mäder, Ueli & Knöpfel, Carlo (Hg.) (2004). *Working poor in der Schweiz: Wege aus der Sozialhilfe*. Zürich, Rüegger.
- Kutzner, Stefan; Mäder, Ueli; Knöpfel, Carlo; Heinzmann, Claudia & Pakoci, Daniel (2009). *Sozialhilfe in der Schweiz*. Zürich: Rüegger
- Lampert, Daniel & Gallusser, Daniel (2011). *Verteilungsbericht*. Bern: Dossier Nr. 77, SGB
- Lewis, Oscar (1966). *The Culture of Poverty*. In: *Scientific American*, 215/4, 19-25
- Mäder, Ueli; Aebersold, Peter; Mugier, Simon (2012). *Soziale Kontrolle und Disziplinierung*. Basel: Gesowip
- Mäder, Ueli; Jey Aratnam, Ganga & Schilliger, Sarah (2010). *Wie Reiche denken und lenken*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Mäder, Ueli (1999). *Für eine solidarische Gesellschaft*. Zürich: Rotpunktverlag
- Stiftung (2002). *Historisches Lexikon*. Basel: Schwabe
- Richter, Horst-Eberhard (1995). *Lernziel Solidarität*. Giessen: Psychosozial-Verlag
- Valentine, Charles A. (1968). *Culture and Poverty. Critique and Counter-Proposals*. Chicago: Univ. of Chicago Press